

V-6 Das Land Berlin muss die Sicherheit religiöser Einrichtungen gewährleisten

Gremium: Landesausschuss
Beschlussdatum: 28.02.2024
Tagesordnungspunkt: TOP 5 Verschiedene Anträge

Antragstext

1 Glaubens- und Gewissensfreiheit werden als allgemeines Menschenrecht durch das
2 Grundgesetz ausdrücklich gewährleistet. Die Ausübung dieses Grundrechts muss zur
3 Entfaltung seiner Wirksamkeit in der Realität staatlich geschützt werden.
4

5 Der Schutz jüdischen Lebens in Berlin hat für uns oberste Priorität. Bündnis
6 90/Die Grünen Berlin erklärt seine Solidarität mit allen, die sich in diesen
7 Zeiten unter den Folgen des Terrors der Hamas nochmals drastisch stärker als
8 zuvor Gefahren für Leib und Leben ausgesetzt sehen. Es sind vor allem die
9 Mitglieder und Besucher*innen der Berliner Synagogen, der jüdischen Schulen oder
10 anderer jüdischer Einrichtungen, die in besonderem Maße gefährdet sind.
11

12 Es ist gut und richtig, dass dem Schutz von besonders bedrohten Einrichtungen
13 von Seiten der Polizei unverzüglich besondere Priorität eingeräumt und der
14 Schutz erhöht wurde. In der derzeitigen Gefährdungssituation sollten dabei auch
15 Orte geschützt werden, die nicht der unmittelbaren Religionsausübung dienen,
16 aber religiös markiert sind.
17

18 Auf jüdischer Seite ist besonderes Augenmerk auf die Institutionen zu legen, die
19 durch das Sicherheitskonzept der Jüdischen Gemeinde nicht schon mitversorgt
20 sind: Etwa die Drei-Religionen-Kita, die Synagogengemeinde Kahal Adass Jisroel
21 und der Verein Hillel.
22

23 Aber auch die Zunahme von Hass und Gewalt gegenüber islamischen Gemeinden oder
24 Bildungseinrichtungen sehen wir mit Sorge.
25

26 Das betrifft die Ibn-Rushd-Goethe-Moschee, die eine wichtige Anlaufstelle für
27 queere und liberale Muslim*innen in Berlin ist und die aufgrund
28 bekanntgewordener Anschlagpläne des terroristischen IS-Ablegers "Islamischer
29 Staat Provinz Khorosan" (ISPK) schon länger im Fokus steht und daher kürzlich
30 von der Moscheeleitung geschlossen worden ist. Auch der aktuellen Zunahme an
31 antimuslimischen Übergriffen und Anfeindungen muss entgegengewirkt werden.
32 Wir fordern vom Berliner Senat und den Sicherheitsbehörden entsprechende

33 individuelle Gefährdungsbewertungen und wirksame Schutzkonzepte.

34

35 Die Religionsfreiheit muss in vollem Umfang wiederhergestellt und garantiert
36 werden. Wir stehen an der Seite all derjenigen, die für die religiöse Vielfalt
37 in Berlin und ihre Sichtbarkeit eintreten und sich für sie stark machen.

38 Alle Gläubigen, ob Jüd*innen, Muslim*innen, Christ*innen oder andere, die
39 friedlich und ohne Hass ihre Religion ausüben wollen, müssen dies ohne Gefahr
40 für Leib und Leben tun können